

# Amtsblatt

**FÜR DIE STADT  
WOLFSBURG**



**Herausgegeben vom**

Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg,  
Porschestraße 49, 38440 Wolfsburg

Herstellung:  
Stadt Wolfsburg,  
Grundstücks- und Gebäudemanagement,  
Porschestraße 49  
38440 Wolfsburg

Druck:  
Stadt Wolfsburg  
Druckerei



**Jahrgang 19**

**Wolfsburg, 14. Januar 2022**

**Nummer 3**

## Inhaltsverzeichnis

Virtuelles Bauamt	Seite 36	2. Sitzung des Ortsrates Mitte-West	Seite 48
Satzung über die Entschädigung für Ratsfrauen und -herren, Mitglieder der Ortsräte, Schiedspersonen, Ehrenbeamt*innen und ehrenamtlich Tätige der Stadt Wolfsburg (Entschädigungssatzung)	Seite 37 - 46	2. Sitzung des Ortsrates Fallersleben/Sülfeld	Seite 49 - 50
3. Sitzung des Rates der Stadt Wolfsburg	Seite 47	Öffentliche Ausschreibungen/ Offene Verfahren	Seite 50
		Öffentliche Zustellungen	Seite 51 - 54

## Bekanntmachung der Stadt Wolfsburg

### Virtuelles Bauamt

Die Stadt Wolfsburg als Untere Bauaufsichtsbehörde gibt nach § 86 Abs. 8 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) vom 03. April 2012 in der Fassung vom 10. November 2021 öffentlich bekannt, dass der Beginn der elektronischen Kommunikation für alle Verfahren nach § 3 a Abs. 1 Satz 1 NBauO auf den 1. Januar 2023 festgelegt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Anträge, Anzeigen, Mitteilungen und beizufügenden Bauvorlagen abweichend von § 3 a Abs. 1 NBauO als Dokument in Papierform zu übersenden; § 3 a Abs. 2 Satz 2 NBauO und Absatz 7 Satz 2 NBauO gelten entsprechend.

**Satzung über die Entschädigung  
für Ratsfrauen und -herren,  
Mitglieder der Ortsräte, Schiedspersonen,  
Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätige  
der Stadt Wolfsburg  
(Entschädigungssatzung)**

Aufgrund der §§ 10, 44, 54, 55, 71, 91, 92 und 95 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.10.2021 (Nds. GVBl. S. 700)), des § 12 Niedersächsisches Gesetz über gemeindliche Schiedsämter (NSchÄG) vom 01.12.1989 (Nds. GVBl. 1989, S. 389, zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 16.12.2014 (Nds. GVBl. S. 436)) sowie der §§ 12, 32 und 33 Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (Niedersächsisches Brandschutzgesetz - NBrandSchG) vom 18.07.2012, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16.05.2018 (Nds. GVBl. S. 95), hat der Rat der Stadt Wolfsburg folgende Entschädigungssatzung vom 22.12.2021 beschlossen:

**§ 1**

**Entschädigung für Ratsfrauen und -herren**

- (1) Die Ratsfrauen und -herren erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen mit Ausnahme der Kosten für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes und der nachgewiesenen Kinderbetreuungskosten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 330,00 €.  
Die Ratsfrauen und -herren erhalten bei der Übernahme der Geschäfte im Laufe eines Monats eine anteilige taggenaue Auszahlung der Aufwandsentschädigung. Scheidet eine Ratsfrau oder ein Ratsherr aus dem Rat aus, so hat sie oder er die Aufwandsentschädigung anteilig tagesgenau zurückzuerstatten.
- (2) Neben der Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 erhalten Ratsmitglieder mit besonderen Funktionen monatlich folgende zusätzliche Entschädigung:
- |   |           |
|---|-----------|
| Bürgermeister*innen   | 330,00 €, |
| Fraktionsvorsitzende von Fraktionen ab 10 Fraktionsmitgliedern              | 495,00 €, |
| Fraktionsvorsitzende von Fraktionen mit weniger als 10 Fraktionsmitgliedern | 330,00 €, |
| Ratsvorsitzende   | 165,00 €. |
- (3) Die Entschädigungen für mehrere der in Abs. 2 aufgeführten Funktionen werden angerechnet und nur für die höhere Funktion wird die Entschädigung ausgezahlt.
- (4) Für die eigenverantwortliche digitale Ratsarbeit erhalten Ratsfrauen und -herren eine zusätzliche monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 €.
- (5) Ratsfrauen und -herren erhalten bei der Übernahme der Geschäfte im Laufe eines Monats eine anteilige taggenaue Auszahlung der Aufwandsentschädigung.
- (6) Scheiden Ratsfrauen oder -herren aus dem Rat aus, oder verlieren eine der in § 1 Abs. 2 genannten Funktionen, so hat sie\*er die Aufwandsentschädigung anteilig tagesgenau zurückzuerstatten.

**§ 2****Entschädigung für Ortsratsmitglieder**

- (1) Die stimmberechtigten Ortsratsmitglieder, die keine Entschädigung nach Abs. 2 und 3 erhalten, erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen eine monatliche Aufwandsentschädigung. Diese beträgt
- |   |          |
|---|----------|
| für die Mitglieder der Ortsräte mit 17 stimmberechtigten Mitgliedern        | 60,00 €, |
| für die Mitglieder der Ortsräte mit 11 bis 15 stimmberechtigten Mitgliedern | 50,00 €, |
| für die Mitglieder der Ortsräte mit 7 bis 9 stimmberechtigten Mitgliedern   | 40,00 €. |
- (2) Die Ortsbürgermeister\*innen erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen eine monatliche Aufwandsentschädigung. Diese beträgt
- |   |           |
|---|-----------|
| für die Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 17 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern        | 220,00 €, |
| für die Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 11 bis 15 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern | 180,00 €, |
| für die Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 7 bis 9 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern   | 135,00 €. |
- Sofern sie eine Hilfsfunktion gemäß § 44 NKomVG für die Verwaltung im Sinne des § 95 Abs. 2 NKomVG in Verbindung mit der Hauptsatzung der Stadt Wolfsburg wahrnehmen, erhalten Ortsbürgermeister\*innen monatlich zusätzlich eine Entschädigung in Höhe von
- |  |          |
|--|----------|
|  | 75,00 €. |
|--|----------|
- (3) Die stellvertretenden Ortsbürgermeister\*innen erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 von Hundert der Entschädigung der Ortsbürgermeister\*innen nach Abs. 2. Diese beträgt
- |   |           |
|---|-----------|
| für die stellvertretenden Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 17 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern        | 110,00 €, |
| für die stellvertretenden Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 11 bis 15 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern | 90,00 €,  |
| für die stellvertretenden Ortsbürgermeister*innen von Ortsräten mit 7 bis 9 stimmberechtigten Ortsratsmitgliedern   | 70,00 €.  |

- (4) Neben den Aufwandsentschädigungen nach Abs. 1 bis 3 erhalten
- |   |          |
|---|----------|
| Fraktionsvorsitzende von Ortsratsfraktionen der Ortsräte mit 17 gesetzlichen Mitgliedern monatlich        | 35,00 €, |
| Fraktionsvorsitzende von Ortsratsfraktionen der Ortsräte mit 11 bis 15 gesetzlichen Mitgliedern monatlich | 30,00 €, |
| Fraktionsvorsitzende von Ortsratsfraktionen der Ortsräte mit 7 bis 9 gesetzlichen Mitgliedern monatlich   | 25,00 €. |
- (5) Für die eigenverantwortliche digitale Ortsratsarbeit erhalten stimmberechtigte Ortsratsmitglieder, welche keine Ratstätigkeit ausüben, eine zusätzliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 €.
- (6) Bei Übernahme der Geschäfte im Laufe eines Monats, der in § 2 Abs. 1 bis 4 aufgeführten Funktionen, erfolgt eine anteilige taggenaue Auszahlung der Aufwandsentschädigung.
- (7) Bei Verlust oder Niederlegung eines der in § 2 Abs. 1 bis 4 genannten Funktionen entfällt der Grund für die Entschädigung. Die Aufwandsentschädigung ist anteilig taggenau zurückzuerstatten.

### § 3

#### Sitzungsgeld für Ratsfrauen und -herren in den Ortsräten

- (1) Die den Ortsräten mit beratender Stimme angehörenden Ratsfrauen und -herren erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen ein Sitzungsgeld in Höhe von 15,00 € je Sitzung des Orsrates, an der sie teilgenommen haben. Der\*die Oberbürgermeister\*in erhält kein Sitzungsgeld.
- (2) Das Sitzungsgeld wird nur einmal gezahlt, wenn an einem Tag nacheinander eine öffentliche und eine nichtöffentliche Sitzung des Orsrates stattfinden.

### § 4

#### Entschädigung für nicht dem Rat angehörende Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte

- (1) Die nicht dem Rat angehörenden Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen eine Entschädigung je Sitzung in Höhe von § 3 Abs. 2 gilt entsprechend. 30,00 €.
- Abweichend von Satz 1 erhalten die\*der Vorsitzende und die\*der stellvertretende Vorsitzende des Umlegungsausschusses nach dem Baugesetzbuch für ihre notwendigen Auslagen je Sitzung 60,00 €
- sowie die übrigen Fachmitglieder des Umlegungsausschusses 40,00 €.
- (2) Den nicht im Stadtgebiet Wolfsburg wohnenden Mitgliedern der Ausschüsse und Beiräte werden neben dem Sitzungsgeld nach Abs. 1 auf Antrag die angefallenen Fahrtkosten unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel pauschal mit einer Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 € je Kilometer erstattet.

- (3) Für die eigenverantwortliche digitale Ratsarbeit erhalten die nicht dem Rat oder Ortsrat angehörenden Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 10,00 €. Stellvertretende Mitglieder erhalten keine Aufwandsentschädigung für die digitale Ratsarbeit
- (4) Bei Übernahme der Geschäfte im Laufe eines Monats, erfolgt eine anteilige taggenaue Auszahlung der Aufwandsentschädigung.
- (5) Bei Verlust oder Niederlegung des Mandats, entfällt der Grund für die Entschädigung. Die Aufwandsentschädigung ist anteilig taggenau zurückzuerstatten.

## § 5

### Fahrtkosten, Parkdauerkarte, Kinderbetreuung

- (1) Den Ratsfrauen und -herren werden neben der Entschädigung nach § 1 Auslagen für Fahrten innerhalb des Stadtgebietes monatlich pauschal ersetzt. Die Kosten für die notwendige Inanspruchnahme eines Behindertentaxis werden gesondert erstattet.
- (2) Für den Auslagenersatz nach Abs. 1 werden folgende Durchschnittssätze festgelegt:
 

für Fraktionsvorsitzende der im Rat vertretenen Fraktionen	150,00 €,
für übrige Ratsfrauen und -herren	75,00 €.
- (3) Den Ratsfrauen und -herren wird im Rahmen der Ausübung ihres Mandates bei Bedarf jeweils eine Parkdauerkarte für den Marktbeschickerparkplatz (hinter Rathaus B) zur Verfügung gestellt.
- (4) Den Ratsfrauen und -herren und den Ortsratsmitgliedern, sowie den Mitgliedern der Ausschüsse und Beiräte werden auf Antrag nachgewiesene Kinderbetreuungskosten bis zu einem Höchstsatz in Höhe von 10,00 € pro Stunde erstattet. In dem Antrag sind die Anwesenheitszeiten der einzelnen Sitzungen anzugeben und die Kinderbetreuungskosten über einen Arbeitsvertrag oder Ähnliches nachzuweisen.

## § 6

### Ersatz von Verdienstaussfall

- (1) Neben den Ansprüchen nach den §§ 1 bis 5 haben Ratsfrauen und -herren, Mitglieder der Ortsräte sowie Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte, die nicht dem Rat angehören, Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaussfalls (entgangener Arbeitsverdienst bei nicht selbstständig Tätigen, Einnahmeausfall bei selbstständig Tätigen).

Der Höchstbetrag des Ersatzanspruchs wird auf 30,00 € je Stunde festgelegt. Der monatliche Höchstbetrag, der an Verdienstaussfall erstattet wird, darf folgende Beträge nicht übersteigen:

Ratsfrauen und -herren, Ortsbürgermeister*innen und stellvertretenden Ortsbürgermeister*innen	600,00 €,
sonstigen Mitgliedern der Ortsräte	400,00 €,
Mitgliedern der Ausschüsse und Beiräte, die nicht dem Rat angehören	300,00 €.

Verdienstausschlag wird auf Antrag für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss-, Ortsrats-, Beirats-, Fraktions- und Fraktionssprecherkreissitzungen erstattet, ferner für Tätigkeiten in Ausübung des Mandates, die notwendig zu solchen Zeiten erfolgen, die normalerweise für die Erwerbstätigkeit innerhalb der üblichen Arbeits- oder Geschäftszeit bis 18 Uhr zur Verfügung stehen; die Erstattung von Verdienstausschlag für die Teilnahme an Fraktionssitzungen ist nur für Ratsfrauen und -herren sowie die Mitglieder der Ortsräte zulässig, soweit sie selbst Mitglied der Rats- bzw. Ortsratsfraktion sind. Für die Erwerbstätigkeit innerhalb von Schichtarbeit wird, auch außerhalb der üblichen Arbeits- oder Geschäftszeiten der Verdienstausschlag gewährt, soweit ein Nachweis durch den Arbeitgeber für die angesetzte Schicht erfolgt.

- (2) Zu den sonstigen Mandatstätigkeiten im Sinne des Abs. 1 Satz 4 zählen u. a. die Teilnahme an Besichtigungen, Empfängen, Besprechungen und anderen Veranstaltungen auf Einladung der Stadt Wolfsburg, zu denen Vertreter\*innen des Rates bzw. der Ausschüsse und Ortsräte geladen werden.
- (3) Ratsfrauen und -herren, Mitglieder der Ortsräte sowie nicht dem Rat angehörende Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte, die den entstandenen Verdienstausschlag (Einnahmeausfall) nicht durch Aufwendung für Mehrarbeit von Bediensteten bzw. Kosten für eine Ersatzkraft nachweisen können, können auf Antrag einen Pauschalstundensatz in Höhe von 20,00 € erhalten. Voraussetzung ist das Vorliegen eines Nachteils im beruflichen oder häuslichen Bereich. Ein Nachteilsausgleich kommt infrage, wenn im Haushaltsführungsbereich oder im sonstigen beruflichen Bereich, einschließlich der Landwirtschaft, aus dringenden Gründen eine Hilfskraft, die nicht der Familie angehört, in Anspruch genommen wird, damit in zumutbarer Weise die Verpflichtungen aus der Mandatstätigkeit wahrgenommen werden können. Im Bereich der Haushaltsführung kann ein ausgleichspflichtiger Nachteil darüber hinaus gegeben sein, wenn der Haushalt drei oder mehr Personen umfasst, von denen mindestens ein Kind unter 14 Jahren, eine ältere Person über 67 Jahre oder eine anerkannt pflegebedürftige Person ist.
- (4) Verdienstausschlag wird auch für die tatsächlich aufgewandte Wegezeit bis zu je einer halben Stunde für An- und Abfahrt gezahlt. Ausgenommen sind Mitglieder der Ausschüsse, die von Dritten nominiert werden; für diese ist der Zeitaufwand für die Wegstrecke vom Arbeitsort zum Sitzungsort und zurück anrechenbar und anhand eines Routenplaners zu ermitteln.
- (5) Bei der Durchführung von Dienstreisen entstehender Verdienstausschlag wird nur erstattet, wenn die Dienstreisen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der Rats- oder Ortsratsstätigkeit stehen und die Erstattung im Einzelfall vom Rat der Stadt oder Verwaltungsausschuss beschlossen worden ist.
- (6) Bei kommunalpolitischen Studienreisen und ähnlichen der Fortbildung dienenden Veranstaltungen wird Verdienstausschlag nicht erstattet. In Einzelfällen kann der Verwaltungsausschuss die Gewährung von Verdienstausschlag zulassen, wenn die der Fortbildung dienende Veranstaltung für die Ausübung des Mandats von besonderer Bedeutung ist.

## **§ 7**

### **Entschädigung für Mitglieder in Aufsichtsgremien**

- (1) Mitgliedern in den Aufsichtsgremien städtischer Beteiligungen, die vom Rat zur Wahl durch die Haupt- oder Gesellschafterversammlung bestimmt oder von ihm entsandt worden sind, wird eine Aufwandsentschädigung gewährt, sofern sie von dem Beteiligungsunternehmen keine anderweitige Aufwandsentschädigung erhalten. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt 60,00 € je Sitzung (z. B. Aufsichtsrat, Arbeitsausschüsse).

- (2) Diesen Mitgliedern der Aufsichtsgremien wird entsprechend § 6 Verdienstaufschlag gewährt, sofern sie von dem Beteiligungsunternehmen keinen Ersatz für Verdienstaufschlag erhalten. Für Dienstreisen wird Verdienstaufschlag von der Stadt nur gewährt, soweit eine Kostenübernahmeerklärung des Aufsichtsrates des Beteiligungsunternehmens vorliegt. Die Bearbeitung und Auszahlung erfolgt durch die Stadt, die Kosten werden von dem Beteiligungsunternehmen erstattet.

## § 8

### Entschädigung für Schiedspersonen

- (1) Die Wolfsburger Schiedspersonen gemäß § 12 Abs. 1 des Niedersächsischen Gesetzes über gemeindliche Schiedsämter in der jeweils gültigen Fassung erhalten im Voraus eine monatliche Wohnraumpauschale in Höhe von 50,00 €.

Die Wohnraumpauschale wird ab dem ersten Tag des Monats gezahlt, in dem die Schiedsperson vom zuständigen Amtsgericht verpflichtet worden ist. Die Pauschale wird bis zum Ablauf des Monats gezahlt, in dem die Schiedsperson aus dem Amt ausscheidet.

- (2) Schiedspersonen erhalten außerdem auf Antrag für Seminare und Fortbildungsveranstaltungen, die innerhalb der üblichen Arbeits- und Geschäftszeiten bis 18 Uhr stattfinden, einen Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschlags.

Die Höhe des zu erstattenden Betrages bemisst sich nach den Verwaltungsvorschriften des § 12 Abs. 1 NSchÄG i. V. m. §§ 18 und 22 des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes. Demnach richtet sich der Betrag nach dem regelmäßigen Bruttoverdienst einschließlich der vom Arbeitgeber zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge, jedoch für jede Stunde höchstens 29,00 €.

Verdienstaufschlag wird auch für die tatsächlich aufgewandte Wegezeit bis zu je einer halben Stunde für An- und Abfahrt beziehungsweise der nachgewiesenen Fahrzeit gezahlt.

## § 9

### Entschädigungen für Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätige

Nachstehende Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätige erhalten als Ersatz für ihre notwendigen Auslagen einschließlich Fahrtkosten im Stadtgebiet und Verdienstaufschlag eine monatliche Aufwandsentschädigung.

Diese beträgt für den\*die

a)	Kreisjägermeister*in	235,00 €,
b)	Pfleger*in urgeschichtlichen Bodendenkmale	50,00 €,
c)	Beauftragte*r für Naturschutz und Landschaftspflege	145,00 €,
d)	Stellvertreter*in zu c)	75,00 €,
e)	Landschaftswart*in	35,00 €,
f)	Stadttheimatpfleger*in	145,00 €.

Diesen Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätigen wird bei genehmigten Dienstreisen Ersatz der Reisekosten nach dem Bundesreisekostengesetz und der Verdienstaufschlag gemäß § 6 Abs. 5 gewährt.

**§ 9a****Entschädigungen für Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätige  
der Freiwilligen Feuerwehr**

- (1) Für die Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr gelten die Sonderregelungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes. § 44 NKomVG findet keine Anwendung. Im Übrigen gelten die Regelungen dieser Satzung.
- (2) Die Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr erhalten folgende monatliche Aufwandsentschädigung:
- |   |           |
|---|-----------|
| 1. Stadtbrandmeister*in   | 265,00 €, |
| 2. stellv. Stadtbrandmeister*in   | 135,00 €, |
| 3. Ortsbrandmeister*in Schwerpunkt  | 110,00 €, |
| 4. stellv. Ortsbrandmeister*in Schwerpunkt  | 55,00 €,  |
| 5. Ortsbrandmeister*in Stützpunkt   | 95,00 €,  |
| 6. stellvertretende*r Ortsbrandmeister*in Stützpunkt  | 45,00 €,  |
| 7. Ortsbrandmeister*in Grundausstattung   | 80,00 €,  |
| 8. stellv. Ortsbrandmeister*in Grundausstattung   | 35,00 €,  |
| 9. 1. Gerätewart*in Schwerpunkt   | 40,00 €,  |
| 10. 2. Gerätewart*in Schwerpunkt  | 40,00 €,  |
| 11. Gerätewart*in Stützpunkt  | 45,00 €,  |
| 12. Gerätewart*in Grundausstattung  | 35,00 €.  |
| 13. Gerätewart*innen, denen zusätzlich die Fahrzeuge der Feuerwehrtechnischen Zentrale in ihren Standorten zugeteilt sind, erhalten zusätzlich pro Personenkraftwagen oder Lastkraftwagen 10,00 € im Monat. Die Zahlung erfolgt erst, wenn das Fahrzeug mindestens einen vollen Kalendermonat dem Standort zugeteilt ist. In den Schwerpunktfeuerwehren wird die zusätzliche Aufwandsentschädigung für die Fahrzeuge der Feuerwehrtechnischen Zentrale grundsätzlich an die 1. und 2. Gerätewart*in je zur Hälfte ausbezahlt. |           |
| 14. Atemschutzgerätewart*in Ortsfeuerwehr   | 25,00 €,  |
| 15. Jugendfeuerwehrwart*in Ortsfeuerwehr  | 40,00 €,  |
| 16. Kinderfeuerwehrwart*in Ortsfeuerwehr  | 40,00 €,  |
| 17. Stadtjugendfeuerwehrwart*in   | 80,00 €,  |
| 18. stellv. Stadtjugendfeuerwehrwart*in   | 35,00 €,  |

19.	Stadtausbildungsleiter*in	80,00 €,
20.	stellv. Stadtausbildungsleiter*in	35,00 €,
21.	Sicherheitsbeauftragte*r	45,00 €,
22.	Schriftwart*in im Stadtkommando	45,00 €,
23.	Stadtbereitschaftsführer*in	80,00 €,
24.	stellv. Stadtbereitschaftsführer*in	35,00 €,
25.	Leiter*in Einsatzversorgung Stadtfeuerwehr	45,00 €,
26.	Funkbeauftragte*r der Ortsfeuerwehr	25,00 €,
27.	Fachverbandsführer*in ABC Stadtfeuerwehr	80,00 €,
28.	stellv. Fachverbandsführer*in ABC Stadtfeuerwehr	35,00 €,
29.	Öffentlichkeitsarbeit Stadtkommando	45,00 €,
30.	EDV-Koordinator*in Stadtkommando	45,00 €,
31.	Leiter*in der Funkmeldezentrale und der Truppführer ABC-Erkundungstrupp des Katastrophenschutzes	15,00 €,
32.	Ressortverantwortliche*r für Fahrzeuge und Geräte im Stadtkommando	45,00 €.

(3) Die Stadtausbilder\*innen, die als Lehrgangsführer\*innen auf Stadtebene an Aus- und Weiterbildungslehrgängen teilnehmen, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 32,50 € pro Lehrgangstag, wenn der Lehrgang fünf Unterrichtsstunden á 45 Minuten nicht überschreitet. Bei einem Lehrgangstag, welcher mehr als fünf Unterrichtsstunden beinhaltet, werden 65,00 € ausbezahlt.

(4) Die Stadtausbilder\*innen, die auf Stadtebene an Aus- und Weiterbildungslehrgängen teilnehmen, erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 27,50 € pro Lehrgangstag, wenn der Lehrgang fünf Unterrichtsstunden á 45 Minuten nicht überschreitet. Bei einem Lehrgangstag, welcher mehr als fünf Unterrichtsstunden beinhaltet, werden 55,00 € ausbezahlt.

(5) Die ehrenamtlich tätigen Fahrlehrer\*innen der Behördenfahrschule der Feuerwehr erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 25,00 € je Unterrichtsstunde (45 Minuten).

(6) Neben der Aufwandsentschädigung wird der durch die Teilnahme an Einsätzen, Übungen, Lehrgängen, Ausbildungsveranstaltungen sowie sonstigen von der\*dem Oberbürgermeister\*in angeordneten Diensten nachweislich entstandene Verdienstaussfall gemäß §§ 32, 12 NBrandSchG erstattet.

(7) Den Selbstschutzberater\*innen wird der in Ausübung ihres Amtes entstandene Verdienstaussfall nach Maßgabe des § 6 erstattet, sofern er nicht von einem Dritten übernommen wird.

(8) Den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr werden gemäß § 33 Abs. 2 NBrandSchG Kinderbetreuungskosten bis zu einem Höchstsatz in Höhe von 10,00 € pro Stunde erstattet.

- (9) Ausnahmsweise können in Fällen außergewöhnlicher Belastungen, wie mehrtätigen Einsätzen, die über die üblicherweise mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Belastungen hinausgehen, auf Antrag die nachgewiesenen Auslagen bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 70,00 € monatlich erstattet werden.
- (10) Bei Dienstreisen werden den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Reisekosten nach dem Bundesreisekostenrecht erstattet.

## **§ 10**

### **Auszahlung**

- (1) Die Aufwandsentschädigungen nach §§ 1, 2, 4 Abs.3, 5 Abs. 1 bis 2, 8 Abs. 1, 9 Abs. 1,2 und 9 a Abs. 2 sind jeweils monatlich im Voraus zu zahlen. Die Entschädigung für die\*den stellvertretende\*n Ratsvorsitzende\*n wird nachträglich gezahlt, sofern diese\*r die Vertretung der\*des Ratsvorsitzenden übernommen hat. Bei der Übernahme oder Abgabe der Geschäfte im Laufe eines Monats eine anteilige tagesgenaue Auszahlung bzw. Kürzung der Aufwandsentschädigung.
- (2) Der Ersatz des Verdienstauffalls nach §§ 6, 7 Abs. 2 sowie § 9 a Abs. 6 ist nach Einreichung der erforderlichen Nachweise nachträglich zu zahlen. Im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber\*in und Anspruchsberechtigtem\*er wird die Erstattung des Verdienstauffalls an den\*die Arbeitgeber\*in vorgenommen. Für die Ehrenbeamt\*innen und ehrenamtlich Tätigen der Freiwilligen Feuerwehr gelten die Regelungen des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes.
- (3) Für Ratsfrauen und -herren sowie Mitglieder der Ortsräte entfällt der Entschädigungsanspruch nach §§ 1, 2, 5 und 6 bei Sitzverlust, Ruhen der Zugehörigkeit zum Rat und für die Dauer des Ausschlusses (§§ 52, 53 und 63 Abs. 3 NKomVG). In den Fällen des § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG erfolgt keine Rückforderung der für den laufenden Monat gezahlten Beträge.
- (4) Wenn Ratsfrauen und -herren oder Ortsratsmitglieder ihre Tätigkeit aus anderen als in Abs. 3 genannten Gründen länger als einen Monat nicht ausüben, wird die Entschädigung für die über einen Monat hinausgehende Zeit nicht gezahlt. Hinreichendes Indiz für die Verwaltung ist das unentschuldigte Fehlen bei der vorangegangenen Ratssitzung. Das Ratsmitglied oder Ortsratsmitglied kann durch konkreten Nachweis anderer mandatsbezogener Tätigkeiten im gegenständlichen Monat die Indizwirkung des unentschuldigten Fehlens oder das unentschuldigte Fehlen aufheben.

## **§ 11**

### **Dienstreisen, Reisekostenvergütung**

- (1) Für Dienstreisen der Ratsfrauen und -herren, Mitglieder der Ortsräte sowie nicht dem Rat angehörenden Mitglieder der Ausschüsse und Beiräte wird auf Antrag Reisekostenvergütung für die Bundesbeamt\*innen, Richter\*innen im Bundesdienst und Soldaten\*innen in der jeweils geltenden Fassung gezahlt, sofern die Reisen vom Rat der Stadt oder Verwaltungsausschuss genehmigt worden sind.

Für die Dienstreisen der ehrenamtlich Tätigen wird auf Antrag Reisekostenvergütung nach dem Bundesreisekostengesetz gezahlt, wenn die Reisen von dem\*der Oberbürgermeister\*in genehmigt worden sind.

- (2) Wird einer\*m Ratsfrau oder -herr, Mitglied des Orsrates oder einem nicht dem Rat angehörenden Mitglied der Ausschüsse und Beiräte für die Reise die Benutzung eines privateigenen Personenkraftwagens gestattet, so wird eine Wegstreckenentschädigung in Höhe von 0,30 € je Kilometer gezahlt.
- (3) Neben der Reisekostenvergütung kommt die Zahlung von Sitzungsgeld nach §§ 3 und 4 nicht in Betracht.

## **§ 12**

### **Schlussbestimmungen**

Diese Satzung wurde in der Ratssitzung am 22.12.2021 beschlossen und tritt mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

Wolfsburg,

Dennis Weilmann  
Oberbürgermeister

## Rats- und Ortsratssitzungen

### **Bekanntmachung der 3. Sitzung des Rates der Stadt Wolfsburg am Mittwoch, dem 19.01.2022 um 16:00 Uhr. Die Sitzung findet ausschließlich digital statt.**

Zuschauer\*innen können die Sitzung über den Livestream unter [mein.wolfsburg.de/ratssitzung](https://mein.wolfsburg.de/ratssitzung) verfolgen. Eine Teilnahme an der Sitzung ist außerdem im Sitzungszimmer 1, Rathaus A, Porschestraße 49, 38440 Wolfsburg möglich.

In den Räumlichkeiten des Rathauses gilt **Zutritt nur für geimpfte, genesene oder negativ getestete Personen (3G)**. Bitte halten Sie einen entsprechenden gültigen Nachweis beim Einlass zum Tagungsort bereit. Personen, die diesen Nachweis nicht erbringen, sind von der Sitzungsteilnahme vor Ort ausgeschlossen.

#### **Tagesordnung:**

##### Öffentlicher Teil

Eröffnung der öffentlichen Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 22.12.2021
  - 3 Anfragen an den Rat der Stadt
  - 4 Haushaltsplan 2022 und mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm
  - 5 Berufung von beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Strategische Planung, Wirtschaft, Digitalisierung und Stadtentwicklung
- Schließung der öffentlichen Sitzung

**Bekanntmachung der 2. Sitzung des Orsrates Mitte-West  
am Donnerstag, dem 20.01.2022 um 18:00 Uhr  
im Rathaus A, Sitzungszimmer 3, Porschestraße 49, 38440 Wolfsburg.**

Digitale Sitzung:

Die Teilnahme per Videokonferenztechnik (Microsoft Teams) wird für Mitglieder gem. § 182 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 NKomVG angeordnet. Die Sitzung findet ausschließlich digital statt. Die Teilnahme für Einwohner\*innen ist im Sitzungszimmer 3, Rathaus A, Porschestraße 49 im begrenztem Umfang möglich.

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

Eröffnung der öffentlichen Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
  - 2 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 24.11.2021
  - 3 Kenntnissgaben
  - 3.1 Winterplan 2021/2022 vom 01.10.2021 bis 31.03.2022 Sportstättenbelegung Mitte-West
  - 4 Projekte des Orsrates
  - 4.1 Sachstand Dunantplatz
  - 5 Haushaltsplan 2022 und mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm
  - 6 Beantwortung von Anträgen
  - 6.1 Antrag Ehrenmal Klieversberg Zugangsmöglichkeiten vom 07.07.2021, TOP 7.2
  - 7 Anträge des Orsrates
  - 7.1 Antragscontrolling
  - 8 Beantwortung von Anfragen
  - 8.1 Sanierung altes EKZ Schlesierweg vom 14.04.2021, TOP 9.7
  - 8.2 Parken im Halteverbot Müllabfuhr vom 24.11.2021, TOP 12.1
  - 9 Anfragen und Anregungen
- Schließung der öffentlichen Sitzung

**Bekanntmachung der 2. Sitzung des Orsrates Fallersleben/Sülfeld  
am Donnerstag, dem 20.01.2022 um 19:00 Uhr  
im Rathaus A, Sitzungszimmer 1, Porschestraße 49, 38440 Wolfsburg.**

Digitale Sitzung:

Die Teilnahme per Videokonferenztechnik (Microsoft Teams) wird für Mitglieder gem. § 182 Abs. 2 S. 1 Nr. NKomVG angeordnet. Die Sitzung findet ausschließlich digital statt.

Die Teilnahme ist Zuschauer\*innen möglich.

Rathaus Wolfsburg  
Porschestraße 49  
Sitzungszimmer 1  
38440 Wolfsburg

**Tagesordnung:**

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der öffentlichen Sitzung
- 1 Verpflichtung eines Ortsratsmitgliedes
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Haushaltsplan 2022 und mittelfristige Finanzplanung mit Investitionsprogramm  
Erste Lesung
- 4 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung vom 04.11.2021
- 5 Kenntnissgaben
- 5.1 Fällmaßnahmen 2021/2022 des Geschäftsbereichs Grün
- 5.2 Winterplan 2021/2022 vom 01.10.2021 bis 31.03.2022 Sportstättenbelegung Fallersleben -  
Sülfeld
- 6 Berichte
- 6.1 Flexo - Bus  
Bericht der WVG Wolfsburg
- 6.2 Glasfaserausbau  
Bericht der Deutschen Glasfaser
- 7 Grundsatzbeschluss zur Teilnahme am Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und  
Zentren“

- 8 Ortsratsmittel
    - 8.1 Bericht des Ortsbürgermeisters über die getätigten Ausgaben in 2021
    - 8.2 Entlastung von Frau Ortsbürgermeisterin Weist für 10/ 12 der Haushaltsmittel in 2021
    - 8.3 Entlastung von Herrn Ortsbürgermeister Schlichting für 2/ 12 der Haushaltsmittel 2021
    - 8.4 Verteilung der Haushaltsmittel 2022 über die der Ortsrat verfügt
  - 9 Anträge des Orsrates
    - 9.1 Antrag Jugendbeteiligung in Sülfeld  
PUG, CDU und SPD Faktion im Ortsrat Fallersleben/ Sülfeld
  - 10 Beantwortung von Anfragen
    - 10.1 1. Sitzung vom 04.11.2021  
Top.: 14.1  
Stadtteilbibliothek Fallersleben
    - 10.2 1. Sitzung vom 04.11.2021  
Top.: 14.3  
Marktstraße
  - 11 Anfragen und Anregungen
- Schließung der öffentlichen Sitzung

## Öffentliche Ausschreibungen/Offene Verfahren

Stadt Wolfsburg  
Zentrale Vergabestelle  
Rathaus A, Zimmer A 901 - A 905  
Porschestraße 49  
38440 Wolfsburg  
Telefon: 05361 28-1199  
Telefax: 05361 28-2057

Alle aktuellen Ausschreibungen der Stadt Wolfsburg finden Sie unter [www.wolfsburg.de/ausschreibungen](http://www.wolfsburg.de/ausschreibungen). Die elektronischen Vergabeunterlagen können unter "DTVP" <http://www.dtv.de/Center/> unter Beachtung der dort genannten Nutzungsbedingungen heruntergeladen werden.

## Öffentliche Zustellungen

### Stadt Wolfsburg

Geschäftsbereich  
Bürgerdienste  
Porschestraße 49  
38440 Wolfsburg

### Öffentliche Zustellung eines Bescheides gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) durch öffentliche Bekanntmachung

Die Zustellung eines Bescheides an die angegebene Person konnte nicht bewirkt werden, da der Aufenthalt unbekannt ist oder die Person im Ausland wohnt.

Hiermit wird die Person benachrichtigt, dass die Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste, Ordnungsamt, eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat. Mit der öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

**Betroffene/r:** Rizzo, Alessandro

**Letzte bekannte Anschrift:** Camerlohstraße 17, 85737 Ismaning

**Aktenzeichen:** 990100328143

Der Bescheid kann von der genannten Person oder einer bevollmächtigten Person bei der Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste (Rathaus B, Raum B 041 bis 045), während der Sprechzeiten

Montag und Dienstag	08:30 - 16:30 Uhr
Donnerstag	08:30 - 17:30 Uhr
Mittwoch und Freitag	08.30 - 12:00 Uhr

oder nach Vereinbarung eingesehen oder abgeholt werden.

Gemäß § 10 Abs. 2 VwZG gilt die Ordnungsverfügung an dem Tag zugestellt, an dem seit dem Tage des Aushanges zwei Wochen verstrichen sind.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

gez. Leusmann

## **Öffentliche Zustellung eines Bescheides gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) durch öffentliche Bekanntmachung**

Die Zustellung eines Bescheides an die angegebene Person konnte nicht bewirkt werden, da der Aufenthalt unbekannt ist oder die Person im Ausland wohnt.

Hiermit wird die Person benachrichtigt, dass die Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste, Ordnungsamt, eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat. Mit der öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

**Betroffene/r:** Paeslack, Cemal Yado

**Letzte bekannte Anschrift:** Eisenacher Straße 39, 38444 Wolfsburg

**Aktenzeichen:** 990705000719

Der Bescheid kann von der genannten Person oder einer bevollmächtigten Person bei der Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste (Rathaus B, Raum B 041 bis 045), während der Sprechzeiten

Montag und Dienstag	08:30 - 16:30 Uhr
Donnerstag	08:30 - 17:30 Uhr
Mittwoch und Freitag	08.30 - 12:00 Uhr

oder nach Vereinbarung eingesehen oder abgeholt werden.

Gemäß § 10 Abs. 2 VwZG gilt die Ordnungsverfügung an dem Tag zugestellt, an dem seit dem Tage des Aushanges zwei Wochen verstrichen sind.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

gez. Oppermann

**Öffentliche Zustellung eines Bescheides gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2354).**

Die Zustellung eines Bescheides an die angegebene Person konnte nicht bewirkt werden, da der Aufenthalt unbekannt ist oder die Person im Ausland wohnt.

Hiermit wird die Person benachrichtigt, dass die Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste, Ordnungsamt, eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat. Mit der öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

<b>Zustellungsadressat</b>	<b>Letzte bekannte Anschrift</b>	<b>Aktenzeichen</b>
Veit, Andre	Humboldtstr. 32, 98693 Ilmenau	01-23/990200445872

Der Bescheid kann von der genannten Person oder einer bevollmächtigten Person bei der Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste (Rathaus B, Raum B 042 bis B 045), während der Sprechzeiten

Montag und Dienstag	08:30 – 16:30 Uhr
Donnerstag	08:30 – 17:30 Uhr
Mittwoch und Freitag	08:30 – 12:00 Uhr

oder nach Vereinbarung eingesehen oder abgeholt werden.

Die Veröffentlichung im Amtsblatt für die Stadt Wolfsburg erfolgt am 14.01.2021.

Der Bescheid gilt am 28.01.2021 als öffentlich zugestellt.

Wolfsburg, 11.01.2022

Der Oberbürgermeister  
Im Auftrag

Schwechheimer

## **Öffentliche Zustellung eines Bescheides gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) durch öffentliche Bekanntmachung**

Die Zustellung eines Bescheides an die angegebene Person konnte nicht bewirkt werden, da der Aufenthalt unbekannt ist oder die Person im Ausland wohnt.

Hiermit wird die Person benachrichtigt, dass die Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste, Ordnungsamt, eine zustellungsbedürftige Entscheidung getroffen hat. Mit der öffentlichen Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen.

**Betroffene/r:** Hennig, Kim Marie

**Letzte bekannte Anschrift:** Braunschweiger Straße 31, 38440 Wolfsburg

**Aktenzeichen:** 990100264064

Der Bescheid kann von der genannten Person oder einer bevollmächtigten Person bei der Stadt Wolfsburg, Geschäftsbereich Bürgerdienste (Rathaus B, Raum B 041 bis 045), während der Sprechzeiten

Montag und Dienstag	08:30 - 16:30 Uhr
Donnerstag	08:30 - 17:30 Uhr
Mittwoch und Freitag	08.30 - 12:00 Uhr

oder nach Vereinbarung eingesehen oder abgeholt werden.

Gemäß § 10 Abs. 2 VwZG gilt die Ordnungsverfügung an dem Tag zugestellt, an dem seit dem Tage des Aushanges zwei Wochen verstrichen sind.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag

gez. Gritzke